

Bundestag sagt »ja« zu Waffenlieferungen an IS-Freunde

Die Fraktion Die Linke hat am Freitag im Bundestag einen Entschließungsantrag (Drucksachen 18/6866, 18/6912) zur Abstimmung gestellt, der auf einen Stopp von Waffenlieferungen an Staaten abzielt, die auch die Terrororganisation »Islamischer Staat« (IS) fördern:

Der Bundestag wolle beschließen: Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

a) für Saudi-Arabien, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait, Bahrain, den Oman, den Irak, die Türkei sowie alle weiteren Länder des Nahen und Mittleren Ostens keine Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern mehr zu erteilen sowie alle bereits erteilten Genehmigungen zu widerrufen;

b) die USA, Russland, die Türkei sowie alle anderen Staaten aufzufordern, ebenfalls alle Rüstungsexporte und Militärhilfen in die betreffenden Länder

sofort einzustellen.

292 Abgeordnete von CDU/CSU stimmten dagegen. Von der SPD sagten 178 nein, drei enthielten sich. Bei Bündnis 90/Die Grünen waren sieben gegen einen Rüstungsexportstopp, 52 enthielten sich. Die Linksfraktion stimmte geschlossen für ihren Antrag.

Zur Abstimmung im Bundestag zum Kriegseinsatz der Bundeswehr in Syrien erklärten am Freitag die Vorsitzenden der Linkspartei, Katja Kipping und Bernd Riexinger:

Heute hat der Bundestag beschlossen, dass die Bundeswehr die Bombardierung der vom IS besetzten Gebiete in Syrien unterstützt. Sämtliche Bundestagsabgeordneten der Partei Die Linke haben mit »Nein« gestimmt, weil diese Politik eine sicherheitspolitische Geisterfahrt ist. Sie führt uns tiefer hinein in den Teufelskreis aus Krieg und Terror. (...) Tatenlos sehen unsere Regierungen zu, wie der Nachschub für das Terrorregime des IS von der Türkei geduldet wird. Währenddessen machen sie weiterhin Rüstungsgeschäfte mit genau diesem Regime und kriminalisieren mit dem PKK-Verbot ausgerechnet jene, die vor Ort dem IS eine säkulare und demokratische Alternative entgegensetzen. (...) Die Bilanz des »Krieges gegen den Terror« seit 2001 mit vielen Tausenden von Toten im Irak, in Afghanistan, Libyen, Jemen oder Pakistan lehrt: Krieg hat den Terror nicht eingedämmt oder gar beseitigt, sondern es ist immer noch mehr Terror entstanden. (...) Für Tornados, Fregatten, Militärsatelliten werden binnen einer Woche über 130 Millionen Euro bereitgestellt – warum wird für die Flüchtlinge nicht mehr getan? (...)

Im Berliner Tagesspiegel erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Georg von der Marwitz am Freitag, warum er – neben Martin Patzelt der einzige weitere Unionspolitiker – gegen den Syrien-Einsatz stimmt:

Ich kann dem Mandat zum Einsatz in Syrien nicht zustimmen, weil mir der Glaube fehlt, dass wir mit den zu beschließenden Maßnahmen die Aktivitäten des IS wirksam einschränken können. Ich muss davon ausgehen, dass es zu weiteren – zivilen – Opfern führt, wenn weiter bombardiert wird. Und ich fürchte, dass damit die Zahl der Flüchtlinge aus Syrien weiter ansteigen wird und sich außerdem mehr Syrer den Botschaften des IS

anschließen. Die Erfahrungen in Afghanistan zeigen, dass man ideologische Konflikte mit Waffengewalt nicht lösen kann. Und in Syrien müssen wir mit einem wesentlich potenteren Gegner rechnen, als das bei den Taliban in Afghanistan der Fall war. Deshalb wiegt es umso schwerer, dass die Völkergemeinschaft in Syrien keine konzertierten Interessen verfolgt. Ohne eine Gegenstrategie allerdings ist ein Militäreinsatz in Syrien aus meiner Sicht zu riskant.

<http://www.jungewelt.de/2015/12-05/039.php>